

Das Institut für Sonderpädagogik der Leibniz Universität Hannover fordert den Erhalt der Professur Inklusive Schulentwicklung!

Infolge der 2009 in Deutschland in Kraft getretenen UN-Behindertenrechtskonvention ist Niedersachsen dazu verpflichtet, dem lange verwehrteten Recht von behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen auf inklusive Beschulung an Regelschulen Rechnung zu tragen. Die Schulen stehen vor der großen Herausforderung, inklusiven Unterricht zu realisieren, um den Bedürfnissen der vormals an Förderschulen unterrichteten Schüler*innen adäquat gerecht werden zu können. Die Umsetzung einer inklusiven Schulentwicklung in allen Schulformen und -stufen bedarf einer verstärkten Ausbildung sonderpädagogischer Lehr-/Fachkräfte sowie der Vermittlung inklusionspädagogischer und -didaktischer Inhalte in der Ausbildung aller Lehramtstypen. Zugleich muss der schulische Transformationsprozess durch die Inklusionsforschung begleitet, reflektiert und weiterentwickelt werden. Vor diesem Hintergrund waren sich die politisch Verantwortlichen in Niedersachsen bislang einig, dass inklusive Lehrer*innenbildung und Forschung gestärkt und ausgebaut werden müssen. Dies haben sie durch den Ausbau der Sonderpädagogik mit dem Ziel der Verdoppelung von Absolvent*innen im Bachelor und im Master Sonderpädagogik deutlich gemacht.

Unter den Bedingungen nun knapper werdender Mittel scheint die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung des Bildungssystems zu einem inklusiven Bildungssystem für die Entscheidungsträger*innen auf Landes- und Universitätsebene an Bedeutung zu verlieren. Ungeachtet des steigenden Bedarfs nach sonder- und inklusionspädagogischer Expertise in der Schulpraxis führt die Sparpolitik von Land und Universität dazu, dass die finanziellen und personellen Ressourcen für Lehre und Forschung am Institut für Sonderpädagogik der Leibniz Universität Hannover seit dem Sommer 2020 in erheblichem Umfang gekürzt werden. Zudem hat das Präsidium der Universität im Herbst 2020 die aus unserer Sicht nicht nachvollziehbare Entscheidung bekanntgegeben, die W3-Professur Inklusive Schulentwicklung künftig einsparen zu wollen. Die Aufgabe dieses für Inklusion zentralen Fachgebiets wäre ein fatales bildungspolitisches Signal, durch welches das Ziel der Realisierung einer inklusiven Bildungslandschaft in Niedersachsen geradezu konterkariert wird. In diesem Zusammenhang ist auch daran zu erinnern, dass an der Leibniz Universität bereits die Professur Berufliche Förderpädagogik gestrichen wurde, obwohl Inklusion auch in der beruflichen Bildung zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Auch unter ungünstigeren finanziellen Rahmenbedingungen stehen Entscheidungsträger*innen auf Landes- und Universitätsebene in der Verantwortung, Bildungsgerechtigkeit als gesellschaftlichen Kernauftrag zu verstehen. Die ebenso notwendige wie voraussetzungsvolle Realisierung inklusiver Bildung darf nicht haushaltspolitischen Sparzwängen und strategischen Neuausrichtungen der Leibniz Universität Hannover zum Opfer fallen. Leittragende wären letztlich diejenigen Kinder und Jugendlichen, die ohnehin schon benachteiligt sind. Das Institut für Sonderpädagogik fordert daher das Präsidium der Leibniz Universität Hannover und die niedersächsische Landesregierung mit Nachdruck dazu auf, die Professur für Inklusive Schulentwicklung langfristig zu erhalten.

Der Vorstand des Instituts für Sonderpädagogik der Leibniz Universität Hannover

Kontakt: Prof. Dr. Marc Thielen (marc.thielen@ifs.uni-hannover.de)